



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Entschließungsantrag von CDU, FDP und SPD: Menschen mit Migrationsgeschichte ein würdiges Leben im Alter ermöglichen! Hilfe zur Selbsthilfe schaffen und bedarfsgerechte und kultursensible Pflegestrukturen stärken

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 18.09.2019

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Nordrhein-Westfalen blickt auf eine lange Tradition der Einwanderung zurück. Neben den Fragen der Integration von Menschen, die in den letzten Jahren neu zu uns gekommen sind, dürfen wir aber auch die Menschen mit Migrationsgeschichte nicht aus dem Blick verlieren, die schon länger bei uns leben und hier alt werden. Deren Bedeutung für Altenhilfe und Pflege wird deutlich zunehmen.

Dies betrifft zum Beispiel die Arbeitsmigranten der sechziger und siebziger Jahre aus Südeuropa und der Türkei, aber auch die Spätaussiedler der ersten Generation. Bei diesen Gruppen liegt bereits heute das Durchschnittsalter über der deutschen Bevölkerung. Hochrechnungen gehen davon aus, dass insgesamt der Anteil älterer Migranten an der Gesamtbevölkerung bis 2032 auf rund 15 Prozent ansteigen wird.

Dabei bestehen große Unterschiede hinsichtlich der persönlichen Erfahrungen, des Umgangs mit Krankheit und Alter oder der Beziehung zu Herkunftsland und Religion. Wir haben dazu in der Anhörung Beispiele gehört wie eine doppelte Entfremdung aufgrund einer nicht umfänglich erfolgten Integration in Deutschland einerseits und dem Rückgang an Bindungen zum Herkunftsland andererseits oder ganz plastisch auch der Verlust von Sprachkenntnissen bei entstehender Demenz. Eine kultursensible Altenpflege muss gerade auch auf diese Unterschiede eingehen.

In unserem Bundesland haben wir bereits einiges erreicht: Die Berücksichtigung kultursensibler Aspekte ist im Alten- und Pflegegesetz verankert, das Land fördert unter anderem Kooperationsmöglichkeiten religiöser Migrantengemeinden in der Altenhilfe oder unterstützt mit dem Modulhandbuch „Kultursensibilität im Gesundheitswesen“ die dort Beschäftigten. Auch eine Reihe von Pflegeeinrichtungen hat sich entsprechend aufgestellt.

Diesen Weg wollen wir weitergehen. Wir brauchen niedrigschwellige und aufsuchende Informations- und Beratungsangebote, um den Betroffenen den Zugang zu einer kultursensiblen Altenhilfe zu erleichtern. Dabei wollen wir gerade auch Migrantenselbstorganisationen und die Kommunalen Integrationszentren mit ihren Strukturen vor Ort und ihrer Vernetzung in der Migrationsgesellschaft einbeziehen und durch gezielte Förderung unterstützen, damit sie ältere Migranten und ihre Familien besser erreichen können.

Wir wollen ebenso die interkulturelle Öffnung der Institutionen in Pflege und Gesundheitswesen voranbringen. Dazu zählt zum Beispiel eine verstärkte Vermittlung interkultureller Kompetenz in den Ausbildungen von Pflege und Gesundheitsberufen, aber auch das Einbringen der vorhandenen Kompetenzen der Beschäftigten. Ein Vorschlag aus der Anhörung dazu war eine interne Liste der Fremdsprachenkenntnisse aller Mitarbeiter. Ziel sollte es sein, Kultursensibilität auf allen Ebenen mitzudenken.

Ich freue mich, dass wir uns im Ausschuss mit dem Ursprungsantrag sehr sachorientiert auseinandergesetzt haben und immer versucht haben zu einem Konsens zu kommen. Wir haben nach intensiven Diskussionen einen gemeinsamen Entschließungsantrag meiner Fraktion mit CDU und SPD vorgelegt, der sich am Ziel einer kultursensiblen Altenpflege ausrichtet und dabei etliche Anregungen aus der Anhörung aufgreift.

Leider wollten die Grünen diesen Weg letztlich nicht mitgehen. Während wir uns mit dem Antrag auf die integrationspolitische Zielsetzung konzentrieren möchten, wollten die Grünen noch ihre Vorstellungen zur Umgestaltung der Pflegestrukturen einbringen. Und jeder, der die Debattenbeiträge der Kollegin Schneider zur Pflegepolitik in den letzten Jahren verfolgt hat, weiß um die grundsätzlichen Unterschiede in dieser Frage. Wir werden deshalb den Antrag der Grünen ablehnen und werben um Unterstützung für den gemeinsamen Entschließungsantrag.